

**Wolfgang Kubicki, MdL**  
*Vorsitzender*

**Christopher Vogt, MdL**  
*Stellvertretender Vorsitzender*

**Dr. Heiner Garg, MdL**  
*Parlamentarischer Geschäftsführer*

Nr. 124/2016  
Kiel, Dienstag, 29. März 2016

Hochschule/Hochschulpakt

## Christopher Vogt: Die Hochschulen unseres Landes brauchen eine bessere Hochschulpolitik

Zu den heute unterzeichneten Zielvereinbarungen zur Hochschulfinanzierung erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und hochschulpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Es sagt viel über die verkorkste Hochschulpolitik von Rot-Grün-Blau aus, dass sich die Wissenschaftsministerin vor allem für die Ko-Finanzierung von Finanzmitteln des Bundes überschwänglich selbst lobt. Die schönen Zahlen, die nun zum wiederholten Male verkündet wurden, können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Hochschulen von dieser Landesregierung nicht so behandelt werden, wie es für eine bessere Entwicklung unseres Landes zwingend notwendig wäre. Die Verteilung der Hochschulpakt-Millionen hat nicht viel mit eigenen Leistungen zu tun, sondern ist das Mindeste, was die Landesregierung angesichts der hohen Studierendenzahlen für unsere chronisch unterfinanzierten Hochschulen tun muss. Die Anhebung der Grundfinanzierung ist ein überfälliger Schritt, der leider völlig unzureichend ist. Die Hochschulen bekommen eben nur einen Teil des Geldes, das sie im Zuge der Entlastung des Landes bei den BAföG-Kosten durch den Bund bekommen sollten. Mit diesem für die Hochschulen gedachten Geld hat die Landesregierung weitestgehend andere Dinge finanziert. Dies zeigt, wie sehr die Bedeutung der Hochschulen noch immer verkannt wird und dass wir hier endlich einen Paradigmenwechsel brauchen.“

Wenn unsere Hochschullandschaft bundesweit und international anschlussfähig bleiben soll, reicht es nicht aus, dass die Landesregierung die Hochschulen stärken will. Die Hochschulen unseres Landes brauchen endlich eine bessere Hochschulpolitik, wozu neben einer besseren finanziellen Ausstattung ein geeigneter gesetzlicher Rahmen gehören muss. Ich möchte der Ministerin dringend empfehlen, die Vorschläge des Imboden-Gutachtens genauer zu lesen. Die Experten empfehlen den Landesregierungen deutlich mehr Hochschulautonomie, was auch die FDP-Fraktion mit ihrem Entwurf für ein Hochschulfreiheitsgesetz gefordert hatte.

Die rot-grün-blaue Landesregierung hat den Hochschulen seit ihrem Amtsantritt viele Steine in den Weg gelegt, anstatt ihnen die benötigten Möglichkeiten zur Entfaltung zu geben. Durch mehr sinnlose Auflagen, mehr Detailsteuerung und unnötige Bürokratie hat vor allem Wissenschaftsministerin Alheit dafür gesorgt, die Hochschulen im nationalen und internationalen Wettbewerb eher zu schwächen als zu stärken. Die mit großem Pomp angekündigte Hochschulgesetzesnovelle war eine bittere Enttäuschung für all jene, die erkannt haben, dass gerade unser schwach finanzierter Wissenschaftsstandort mehr Autonomie benötigt, um Schritt zu halten zu können.“